



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Anforderung zur Weiterentwicklung des Krankenversicherungssystems

Entschließungsantrag

Von: Prof. Dr. Dr. habil. Wulf Dietrich als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Peter Scholze als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der Vorschlag des Vorstands der Bundesärztekammer „Anforderungen zur Weiterentwicklung des dualen Krankenversicherungssystems in Deutschland“ wird an den Vorstand rücküberwiesen.

Begründung:

Dieser Vorschlag enthält etliche Unklarheiten, die vor einer endgültigen Verabschiedung geklärt werden müssen. Unter anderem sind es:

1. Neudefinition einer Versicherungspflichtgrenze. Diese ist notwendig, wenn alle Einkommensarten bei der Versicherungspflicht berücksichtigt werden sollen.
2. Es wird eine Ausweitung der Kostenerstattung gefordert, obwohl diese auf allen Ärztetagen seit 2008 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde.
3. Es bleibt bei unterschiedlichen Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Belastung durch weitere Steigerungen der Gesundheitsausgaben geht damit voll zu Lasten der Versicherten.
4. Es bleibt unklar, warum das Modell einer kapitalgedeckten Versicherung zukunftssträchtig ist, während die umlagefinanzierte gesetzliche Krankenversicherung (GKV) keine Zukunft haben soll. Es sei darauf hingewiesen, dass die GKV ein solides Finanzpolster angespart hat, während die private Krankenversicherung (PKV) mit immer weiter steigenden Tarifen zu kämpfen hat.
5. Das Anlegen eines Gesundheitssparkontos durch staatliche Finanzierung erscheint nicht durchdacht. Warum soll der Staat Geld auf einem Gesundheitssparkonto zu niedrigen Habenzinsen anlegen, wenn er gleichzeitig weiterhin Schulden mit höheren Sollzinsen aufnehmen muss?
6. Am dualen Versicherungssystem mit all seinen Verwerfungen, wie ungleicher Behandlung, unterschiedlichen Wartezeiten sowie mangelnder Qualitätssicherung, soll unverändert festgehalten werden. Hier wären zumindest Korrekturen

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



-
- erforderlich. Unklar bleibt, warum gerade das PKV-Modell zukunftssicher sein soll.
7. Es bleibt unklar, warum das bestehende Sachleistungsprinzip zur "Vollkasko-Mentalität" unter den Versicherten führen soll. Diese Mentalität, sofern sie denn vorhanden ist, hat nichts mit der Art der Abrechnung zu tun.
 8. Die Forderung nach mehr spürbaren finanziellen Eigenbeteiligungen der Patienten ist nicht zu rechtfertigen. Das Beispiel Praxisgebühr und viele Studien zeigen, dass über Zuzahlungen kein sinnvoller Steuerungseffekt erzielt werden kann: Niedrige Zuzahlungen haben keinen Steuerungseffekt und spürbare hohe Zuzahlungen haben einen negativen Steuerungseffekt, weil Geringverdienende dann auf sinnvolle und notwendige Untersuchungen und Behandlungen verzichten.
 9. Es erscheint politisch unklug, sich ausgerechnet kurz vor den Bundestagswahlen mit einem unausgereiften gesundheitspolitischem Papier in der Öffentlichkeit zu präsentieren.